

**Antrag 167/II/2018****KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Privatsphäre auch online sichern! Schutz des Online-Briefgeheimnisses. E-Privacy-Verordnung endlich annehmen!**

1 Spätestens der Datenskandal um *Cambridge Analytica*  
 2 und Facebook hat uns vor Augen geführt, wie persönli-  
 3 chen Daten und das Online-Verhalten von Internetnut-  
 4 zern für kommerzielle und politische Zwecke missbraucht  
 5 werden und wie selbst das Wahlverhalten beeinflusst  
 6 werden kann. Jedes Surfverhalten wird minutiös analy-  
 7 siert und jeder Schritt im Internet wird verfolgt. Multi-  
 8 nationale Unternehmen sammeln innerhalb von wenigen  
 9 Sekunden eine Menge an Nutzerdaten ohne, dass es ir-  
 10 gendjemand bemerkt. Die Privatsphäre muss in der digita-  
 11 len Welt endlich Vorrang haben: EU-Bürger\*innen müssen  
 12 wissen, welche Daten wie und von wem benutzt werden.  
 13 Vor allem soll eins gelten: die Vertraulichkeit der elektro-  
 14 nischen Kommunikation. Darauf haben wir uns auch im  
 15 Koalitionsvertrag geeinigt.

16

17 Deshalb fordern wir die Bundesregierung und das verant-  
 18 wortliche Bundesministerium auf, sich im Rat für ein Ende  
 19 der Blockade einzusetzen, damit wir das Dossier „ePriva-  
 20 cy“ vor den Europawahlen abschließen. Nur so sorgen wir  
 21 für die Einhaltung von Bürgerrechten im 21. Jahrhundert.

22

**23 Begründung**

24 Mit der Datenschutzgrundverordnung, die seit dem 25.  
 25 Mai anzuwenden ist, wurden (endlich) die Regeln für  
 26 die Verarbeitung personenbezogener Daten durch priva-  
 27 te Unternehmen und öffentliche Stellen in der EU ange-  
 28 glichen. Nun gibt es klare Kriterien für die Datenverarbei-  
 29 tung und die Rechte der Internetnutzer werden gestärkt.

30

31 Doch was passiert mit unserer Online-Kommunikation?  
 32 Heutzutage ist das Verschicken einer SMS eher einer Sel-  
 33 tenheit. Stattdessen nutzen wir Apps wie z. B. Whats App  
 34 oder Facebook-Messenger. Doch wer hat Zugang zu den  
 35 Inhalten der Online-Diskussion?

36

37 Mit der Reform der völlig veralteten EU-Regeln zu ePri-  
 38 vacy soll EU-weit genau das gesichert werden: das Recht  
 39 auf Privatsphäre in der Online-Kommunikation. Vertrau-  
 40 lichkeit der Kommunikation ist eine Grundvoraussetzung  
 41 für andere Rechte und Freiheiten wie etwa Meinungs- und  
 42 Religionsfreiheit. Artikel 7 der EU-Grundrechtecharta ist  
 43 eindeutig: „Jede Person hat das Recht auf Achtung ih-  
 44 res Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer  
 45 Kommunikation.“

46

47 Bereits seit Anfang 2017 liegt der ePrivacy-Vorschlag auf

48 dem Tisch, das EU-Parlament ist seit Herbst 2017 bereit für  
49 weitere Verhandlungen, nur die Mitgliedstaaten im Rat  
50 lassen sich ihre Position seit über eineinhalb Jahren von  
51 multinationalen Konzernen diktieren. Zuletzt hat die ak-  
52 tuelle Österreichische Ratspräsidentschaft angekündigt,  
53 im Dezember statt einer Position wieder nur einen „Fort-  
54 schrittsbericht“ vorlegen zu wollen. Insbesondere von  
55 konservativer Seite gibt es viele Torpedierungsversuche,  
56 multinationalen Konzernen mehr Rechte einzuräumen als  
57 EU-Bürger\*innen. Damit muss endlich Schluss sein! Das  
58 ist nicht nur ein Problem für unsere Bürgerrechte, sondern  
59 schadet zudem dem Wettbewerb in der EU: Während sich  
60 Telekommunikationsanbieter heute schon an die aktuell  
61 noch gültigen ePrivacy-Regeln von 2009 halten müssen,  
62 gelten diese nicht für Facebook und Co. Multinationale  
63 Unternehmen, allen voran US-amerikanische Internetgi-  
64 ganten, müssen endlich die gleichen Regeln befolgen wie  
65 unsere EU-Telekommunikationsdienste.